

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/14

21. Januar 1975

Einen Denkprozeß auslösen

Nirgendwo sind Frauen voll in die Gesellschaft integriert

Von Elfriede Eilers MdB
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Zielvorstellungen ausgelotet

Resümee der Außenpolitischen Bundeskonferenz der SPD

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

Ein Signal aus Bonn

Neue Truppenstruktur der Bundeswehr schafft außenpolitische Beweglichkeit

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 65 Zeilen

"Reklame-Springer" auf Bundestags-Briefbogen

CDU-MdB Rolf Bremer wirbt fraktionsoffiziell für die "Welt"

Von Hermann P. Reiser MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 7 und 8 / 27 Zeilen

Einen Denkprozeß auslösen

Nirgendwo sind Frauen voll in die Gesellschaft integriert

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Es gilt, einen Denkprozeß in Gang setzen: Wir alle sollen intensiver als bisher überdenken, wie die Stellung der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft verbessert und ihre tatsächliche Gleichberechtigung verwirklicht werden kann. Wir dürfen den Appell der Vereinten Nationen nicht überhören, so schwierig es sich in der Praxis auch erweisen wird, die damit verbundenen Aufgaben zufriedenstellend zu lösen. Wenn auch die hiermit aufgeworfenen Probleme in den Industriestaaten und in den Entwicklungsländern sehr unterschiedlich gelagert sind, so gilt doch übereinstimmend, daß Frauen in keinem Land voll in die jeweilige Gesellschaft integriert sind: unabhängig von der jeweiligen Gesellschafts- und Staatsform.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ebenso wie die Sozialdemokratische Partei und ihre Gremien betrachten daher das von den Vereinten Nationen proklamierte Internationale Jahr der Frau als eine bewußte Herausforderung. Wir werden verstärkt daran arbeiten, den Frauen nicht nur gleiche Rechte zu verschaffen, sondern ihnen in allen Lebensbereichen zu sozialer Chancengleichheit zu verhelfen. Und dieses ist nach Auffassung der SPD-Fraktion der größere und schwierigere Teil an unerledigter Arbeit für Frauen.

Den Anliegen der Frauen wurde in der SPD-Fraktion und in der SPD seit jeher eine hohe Priorität eingeräumt, vom Wahlrecht bis zur Gleichberechtigung, wobei es keinen Zweifel daran geben kann, daß nur ein Teil der ungelösten Probleme durch die Gesetzgebung gelöst werden kann, wenn ich hier nur an die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen, Gebietskörperschaften und Parlamenten denke. Dabei haben sich in den vergangenen Jahren dank eines verstärkten politischen Engagements der Frauen erfreulicherweise manche Aspekte verschoben, einige Forderungen haben ein stärkeres Gewicht erhalten, andere können als erledigt abgehakt werden. Realistischerweise muß man aber sehen, die soziale Chancengleichheit für Frauen läßt sich

weder von heute auf morgen realisieren noch durch ein einzelnes Gesetz von oben verordnen.

Dieser Prozeß kann nur dann erfolgreich verwirklicht werden, wenn wir gemeinsam ein Ziel anstreben: Alle Frauen, an welchem Platz sie auch immer stehen, in der Familie, im Beruf oder im öffentlichen Leben, haben ihren Anspruch auf Integration geltend zu machen. Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung und Parlament schaffen die dazu erforderlichen Voraussetzungen. Was kann ich als Politikerin, was kann meine Fraktion und Partei tun, daß der Appell der Vereinten Nationen nicht nur proklamatorischen Wert erhält und nach einer Reihe von spektakulären Veranstaltungen in seiner Wirkung verpufft.

Die Aufgaben, die sich die SPD-Fraktion für das Jahr 1975 vorgenommen hat, werden sich dabei auf die parlamentarische Verabschiedung des umfangreichen Gesetzeswerkes der Eherechtsreform und des Adoptionsrechts konzentrieren. Besondere Anstrengungen wollen wir mit Hilfe der von Sozialdemokraten getragenen Bundesregierung für die gerechte Entlohnung von Frauen unternehmen. Das von der Bundesregierung hierzu in Auftrag gegebene Gutachten über die Bewertung industrieller Arbeitsplätze erwarten wir in den nächsten Monaten. Ebenso werden wir uns der Ausbildung von Frauen, ihrer beruflichen wie ihrer staatsbürgerlichen Bildung annehmen, selbstverständlich auch der Arbeitsplatzsituation von Frauen. Diese Themen werden im Übrigen auch von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen aufgegriffen und im Mittelpunkt ihrer Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der Frau stehen.

Die Sozialdemokratinnen haben zum Internationalen Jahr der Frau aufgerufen: "Schafft eine humanere Gesellschaft, in der allen Menschen ohne Unterschied des Geschlechts dieselben Rechte und dieselben Chancen offenstehen und in der sie in Solidarität mit allen Nationen der Welt ihre Verantwortung gemeinsam tragen". Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands werden im Internationalen Jahr der Frau versuchen, den bestehenden Abstand zwischen dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung und der Verfassungswirklichkeit spürbar zu verkürzen. Wenn durch unsere Gesetzgebung die rechtliche Situation der Frauen verändert wird, dann erfordert dies aber auch ein entsprechend angepasstes Verhalten der Frauen, damit eine neue Verfassungswirklichkeit Gestalt annehmen kann. Für die Frauen muß es daher heißen: Klegt nicht! Organisiert Euch! (-/21.1.1975/ka/ben)

Zielvorstellungen ausgelotet

Resümee der Außenpolitischen Bundeskonferenz der SPD

Von Hans-Jürgen Wlachnewski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender des Ausschusses
für Internationale Beziehungen beim SPD-Vorstand

Die Außenpolitische Bundeskonferenz der SPD ist am vergangenen Sonntag nach dreitägigen Beratungen mit einer wegweisenden Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt zu Ende gegangen. Die SPD hatte bei den Vorbereitungen für diese Bundeskonferenz für die Durchführung und inhaltliche Gestaltung von Zusammenkünften dieser Art neue Wegmarkierungen gesetzt. Zum ersten Mal hat eine Partei in der Bundesrepublik Deutschland den Versuch gewagt, Themenbereiche nicht nur durch Redner der eigenen politischen Familie darstellen zu lassen, sondern prominente Vertreter aus Ost und West und Süd unserer Welt gebeten, aus ihrer Sicht Anmerkungen und Überlegungen zu außenpolitischen Themen vorzutragen. Die Rückschau auf die Breite und Tiefe der Diskussion während der Außenpolitischen Bundeskonferenz in Bonn hat den Planern Recht gegeben: es war gut und richtig, ausländische prominente Wissenschaftler aus Ländern mit sehr unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Auffassung als Korreferenten zu bitten.

Die deutschen Sozialdemokraten haben durch eine repräsentative Vertretung ihrer Mitgliedschaft die außenpolitischen Zielvorstellungen, wie sie durch den Parteitag von Hannover bekräftigt und entwickelt wurden, ausgelotet, nach allen Bereichen hin erörtert und für wesentliche Teile der internationalen Arbeit Empfehlungen und Überlegungen ausgesprochen, mit denen sich die verantwortlichen Gremien der SPD in den kommenden Wochen und Monaten beschäftigen werden, damit auch in der praktischen Arbeit unserer Partei die Außenpolitische Bundeskonferenz ihre Umsetzung erfährt. Es ist

gut, wenn man davon sprechen kann, daß die Bundeskonferenz als solche eine gute Diskussion hervorgebracht hat, die ohne Zweifel dazu beitragen wird, die Debatte über außenpolitische Fragestellungen in der SPD zu vertiefen und mit praktischen Vorschlägen anzureichern. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, ist es, daß eine solche Konferenz weiterwirkt und für die internationale Arbeit der SPD neue Akzente setzt. Der Parteivorsitzende hat in seinen Schlußworten auf der Bundeskonferenz für diesen Bereich Ausarbeitungen angekündigt.

Die Partei wird sich darum bemühen, noch mehr als bisher die Kontakte und die Formen der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Bruderparteien in Europa auf allen Organisationsebenen zu verstärken. Es gilt, das bisher Erreichte zu festigen und für die Zukunft neue Ergebnisse zu erbringen.

Die Fortschritte auf dem Wege der europäischen Einigung, die auf der Ebene der Staaten und Regierungen schon bewirkt werden konnten, müssen auch in der praktischen Zusammenarbeit der politischen Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa ihre sinnfällige Entsprechung finden.

Die Außenpolitische Bundeskonferenz der SPD hat nicht nur einen guten Verlauf genommen, sie hat auch neue Formen des internationalen Dialogs gefunden und für die praktische internationale Arbeit der SPD der Gesamtpartei Überlegenswerte Empfehlungen mit auf den Weg gegeben. Darüberhinaus hat die Konferenz den sehr deutlichen Beweis gebracht, daß in der SPD, im Gegensatz zur CDU/CSU die Außenpolitik kein Punkt innerparteilicher kontroverser Diskussion ist. Diese Bestätigung ist Ansporn und Aufgabe für die Zukunft zugleich.

(-/21.1.1975/ka/ja)

+ + +

Ein Signal aus Bonn

Neue Truppenstruktur der Bundeswehr schafft außenpolitische Beweglichkeit

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Als erster der 19 Staaten, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmen, wird die Bundesrepublik Deutschland die Struktur ihrer Truppen MBFR-gerecht orientieren. Das ist ein Signal. Überzeugender kann man nicht beweisen, daß alle denkbaren politischen Anstrengungen unternommen werden, um MBFR zu einem Erfolg zu verhelfen.

Nach Verabschiedung des Gesetzes über die Verfügungsbereitschaft werden 30.000 Dienstposten in der Bundeswehr genau bezeichnet, die bei befriedigenden Ergebnissen der Gespräche in Wien unbesetzt bleiben sollen. Das sind rund sechs vH unserer Bundeswehr. Dadurch, daß wir diese Maßnahmen schon jetzt vorbereiten, sind wir im Stande, positive MBFR-Ergebnisse sofort durch konkrete Reduzierungsmaßnahmen in die Tat umzusetzen. Andererseits schaffen wir damit eine so flexible Truppenstruktur, daß wir uns jeder außenpolitischen Veränderung sofort anpassen können.

Die CDU begeht die Ungeheuerlichkeit, die Verfügungsbereitschaft in eine Art Aufrüstungsmaßnahme umzuinterpretieren. Sie verkennt damit völlig die außenpolitische Landschaft in Europa. Dies hat sie auch bei ihrem Verteidigungspolitischen Kongreß in Koblenz bewiesen, indem sie Aufrüstungsmaßnahmen in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation für opportun erklärte. Mit dieser Aktion versucht die CDU aus der Nein-Ecke herauszukommen. Sie hat feststellen müssen, daß unsere neue Truppenstruktur in der NATO als ein wichtiger Schritt zur Entspannung sehr begrüßt wird.

Das "Nein" der CDU durch Mitglieder des Verteidigungsausschusses unterstützt durch den baden-württembergischen CDU-Bundesratsminister Eduard

Adorno, war einer der vielen emotionalen Schnellschüsse der Union. Jetzt hat die CDU-Führung zum Rückzug geblasen. Und um das Gesicht zu wahren, erklärte man sich zum Sieger, indem man behauptete, die Bundesregierung und die SPD/FDP-Koalition wollten sofort ohne Rücksicht auf MBFR-Ergebnisse 30.000 Dienstposten in der Bundeswehr unbesetzt lassen. Das entspricht schlicht nicht der Wahrheit.

Bereits am 8. November 1974 habe ich im SPD-Presseamt davor gewarnt, daß sich der Verzicht auf 30.000 Soldaten im täglichen Dienst jedoch dann im Inland und bei den NATO-Partnern psychologisch negativ auswirke, wenn der beschriebene Tatbestand polemisch verzerrt wird. Bis jetzt ist noch nicht ein einziger Soldat in die Verfügungsbereitschaft geschickt worden.

Dies habe ich unter dem jetzt durch das "Ja" der Union zur Wehrrückstruktur bestätigten Eindruck geschrieben, daß die Opposition zum Rückzug blasen wird. Im Übrigen habe ich vor fast drei Monaten daran erinnert, daß die Durchführung der Wehrrückstrukturreform ein langwieriger Prozeß ist und daß ständig neue Erkenntnisse anfallen, die berücksichtigt und eingearbeitet werden müssen.

Die Bundesregierung hat zu keiner Zeit weder schriftlich noch mündlich zum Ausdruck gebracht, daß nach Verabschiedung des Gesetzes zur Wehrrückstrukturreform die 30.000 Dienstposten sofort nicht mehr besetzt werden sollen. Sie rechnet damit, daß ab 1978 durch Personaleinsparungen Mittel zur Umverteilung frei werden. Dieses Datum ist von der CDU/CSU offensichtlich politisch nicht richtig bewertet worden. Dies hätte allen klarmachen müssen, daß die Bundesregierung nicht gedenkt, irgendwelche Vorleistungen zu den Wiener MBFR-Verhandlungen zu machen. Wenn die Opposition dennoch von einseitigen Maßnahmen der Bundesrepublik sprach, die sie jetzt verhindert habe, dann ist das nur der Versuch, eine politische Niederlage in einen Sieg umzumünzen.

(-/21.1.1975/ks/pr)

+ + +

"Reklame-Springer" auf Bundestags-Briefbogen

CDU-MdB Rolf Bremer wirbt fraktionsoffiziell für die "Welt"

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Fraktion

Sie kennen doch vermutlich dieses auflegenstarke Billigblatt, das sich in jeder Ausgabe den hübschen, zugegeben etwas groben, Witz erlaubt mit dem Titelaufdruck "Unabhängig, überparteilich"? Das einige Etagen höher angesiedelte Kampforgan des gleichen Verlages, Lesern höherer Stände zugeacht, "Bild mit Goldverschnitt", verwendet als Kopfleiste den unbeschwert anspruchsvollen Slogan "Unabhängige Tageszeitung für Deutschland". Und was von "Welt" ist, muß sich natürlich auch feinere Werber leisten, solche anzusagen im Stande der Immunität.

So betätigte sich also als "Reklame-Springer" unlängst der CDU-Sozialminister von Schleswig-Holstein, Karl Eduard Clausen, und nun flink der CDU-Bundestagsabg. und Kreisvorsitzende Rolf Bremer aus Elmshorn (Schleswig-Holstein). Auf bundesadlerverziertem Bundestagsbriefbogen, versteht sich! Nach Bremers eigenen Angaben sei er nicht der einzige CDU-Parlamentarier, der für die "unabhängige Welt" im Werbeeinsatz stehe.

Die vielen kleinen Tageszeitungen, die um ihre Existenz ringen und noch immer gläubig den Lippenbekenntnissen und Sofakissensprüchen mancher CDU-Medienpolitiker von der "notwendigen Pressevielfalt" lauschen, werden sich wundern. Und die auf amtlichem Papier christdemokratisch fixe Feststellung, "daß der größte Teil der Presse es an abwägender Kritik gegenüber der Bundesregierung fehlen läßt und dadurch beim Leser ein falsches Bild erzeugt bzw. ihn nicht in den Stand versetzt, sich selbst ein zutreffendes Urteil zu bilden", dürfte die solcherart diffamierten Verleger und Journalisten gleichermaßen so richtig begeistern.

Ich schlage also für die betreffenden CDU/CSU-Abgeordneten folgenden Parlamentsbriefkopf dieser Art vor: Rolf Bremer, Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU-amtlicher Werber für die "Welt" im Wahlkreis 9 (Schleswig-Holstein).



Rolf Bremer
Mitglied des Deutschen Bundestages

220 Elmsien, den 6.1.1975
Wahlbezirk 7
Tel.: 04121/4888

Sehr geehrter Herr

Sie sind ein Bürger, der die Entwicklung in Politik und Gesellschaft aufmerksam und kritisch verfolgt. Für die Urteilsbildung benötigen Sie umfassende und vor allem unabhängige Informationen. Ein wichtiger Vermittler solcher Informationen sind die Tageszeitungen. Leider ist heute festzustellen, daß der größte Teil der Presse an abendlicher Kritik gegenüber der Bundesregierung fehlen läßt und dadurch beim Leser ein falsches Bild erzeugt bzw. ihn nicht in das Stand ver setzt, sich selbst ein zutreffendes Urteil zu bilden.

Eine noch unabhängige überregionale Tageszeitung ist nach meinem Dafürhalten die WELT, die durch eigene in- und ausländische Dienste ihre Informationen selbständig erarbeitet. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß Ihnen die WELT einige Zeit kostenlos und unverbindlich zugestellt wird.

Selbstverständlich kann und soll der Bezug einer überregionalen Zeitung nicht als Ersatz für die regionale Presse gelten. Sie kann diese weder ersetzen, noch Ihre besonderen Aufgaben erfüllen.

Beide aber, die regionale Presse und eine wirklich unabhängige überregionale Zeitung - wie die WELT - können die Informationsbreite vermitteln, die Sie brauchen. Ich wünsche Ihnen, daß Sie aus dieser Aktion einen Informationsgewinn erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

(Bremer)

(Aus dem "Pinneberger Tagblatt" vom 1. Januar 1975)

BRITIK, Rolf
Oberregierungsrat a. D.
2200 Elmshorn,
Wahlfelderstraße 7
Postanschrift:
5300 Bonn 12

Schleswig-Holstein
Landesliste
CDU



Geboren am 4. Juli 1926 in Lübeck, evangelisch; verheiratet, zwei Kinder. Oberschule, 1944 Abitur, Kriegsteilnahme 1944 bis 1945, letzter Dienstgrad Seekadett. Ab 1946 juristisches Studium, 1950 Referendarexamen, 1955 große juristische Staatsprüfung. Anschließend Eintritt in die Finanzverwaltung des Landes Schleswig-Holstein, 1960 Regierungsrat, 1965 Oberregierungsrat, zuletzt Leiter der Betriebsprüfungsstelle beim Finanzamt Elmshorn, 1965 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Pinneberg, 1967 Mitglied des CDU-Landesvorstandes Schleswig-Holstein. - Mitglied des Bundestages seit 1965.

(Aus dem Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages / 7. Wahlperiode)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller